S t a d t H a a n
Niederschrift über die
28. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan
am Donnerstag, dem 22.05.2025 um 17:03 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:03

Ende:
19:59

Vorsitz

Stv. Vincent Endereß

CDU-Fraktion

AM Robert Abel

Stv. Annette Braun-Kohl

Stv. Tobias Kaimer

AM Manfred Kupke

Stv. Annette Leonhardt

Herr Gerhard Rosendahl

bis TOP 2.2

ab TOP 3 für Stv. Braun-Kohl

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Jörg Dürr

Stv. Martin Haesen

AM Johanna Krumnack

Vertretung für AM Sandra Niklaus

Vertretung für Stv. Blossey

WLH-Fraktion

AM Sascha Borntträger

Stv. Meike Lukat

Stv. Nadine Lütz

GAL-Fraktion

AM Bernt Lutterbeck

AM Jörg-Uwe Pieper

Stv. Andreas Rehm

Stv. Elke Zerhusen-Elker

bis TOP 2

ab TOP 2.1 für AM Lutterbeck

FDP-Fraktion

AM Leander Machan

Vertretung für AM Raabe

Schriftführung

VA Fabian Beyer

beratende Mitglieder JuPa

Frau Alexandra Kunert

Techn. Dezernent

Techn. Dezernent Joachim Horst

Verwaltung

StVD'in Doris Abel

TA Guido Mering

VA Janine Müller

StOAR'in Kirsten Voosen-Reinhardt

Frau Anja Klöckener

TA Jan Schneider

VA Christoph Thuir

Gäste

Stv. Nicola Günther

Der Vorsitzende Vincent Endereß eröffnet um 17:03 Uhr die 28. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er stellt ferner fest, dass die Einladung aufgrund von technischen Problemen nicht fristgemäß ins RIS übertragen worden sei und fragt, ob Einwände gegen das Stattfinden der heutigen Sitzung bestünden.

Einwände werden nicht vorgetragen.

In der Folge verpflichtet er die neuen Ausschussmitglieder Machan, Lutterbeck und Krumnack.

Zur Tagesordnung:

Aufgrund verschiedener Verpflichtungen und Anschlusssterminen schlägt der Vorsitzende **Stv. Endereß** folgende Anpassung der Tagesordnung vor: Der TOP 5 wird zum TOP 2, der TOP 11 wird zum TOP 2.1 und der ursprüngliche TOP 2 wird unter TOP 2.2 beraten.

Hierzu erkennt er Einvernehmen.

Stv. Braun-Kohl erklärt für die CDU-Fraktion, die mit dem heutigen Tage als Mitteilungen eingestellten Drucksachen „Neuregelung Parksituation verschiedene Straßen“ und „Verschmutzung durch Zigarettenkippen im öffentlichen Raum“ seien als TOP-Anträge adressiert gewesen, die auch diskutiert werden sollten.

Stv. Lukat schlägt vor, die „Neuregelung Parksituation verschiedene Straßen“ in der nächsten Sitzung des UMA als TOP vorzusehen und die „Verschmutzung durch Zigarettenkippen im öffentlichen Raum“ also TOP im kommenden SPUBA zu beraten.

Hierzu gibt es bezüglich der Verschiebung des Punktes „Zigarettenkippen“ in den SPUBA 1 Gegenstimme, ansonsten findet die vorgeschlagene Vorgehensweise ein einstimmiges Votum.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen zur Befangenheit vor.

2./ Verpackungssteuer
hier: gemeinsamer Antrag der SPD und GAL vom 27.03.2025
Vorlage: 20/152/2025

Protokoll:

Stv. Rehm eröffnet mit dem Hinweis, dass der Ursprungsantrag der GAL-Fraktion in dieser Sache aus dem Jahr 2020 stamme. Diesem sei eine Mehrheit damals wegen bestehender Rechtszweifel nicht gefolgt. Nun gebe es die Rechtssicherheit, dass eine kommunale Verpackungssteuer zulässig sei und die Verwaltung empfehle erneut, diesem Antrag nicht zu entsprechen. Es gehe nicht darum, das Beispiel Tübingen zu kopieren, sondern darum, ein Instrument zu finden, um den Müll in Haan zu reduzieren. Das EU-Recht greife bei zu kleinen Betrieben nun einmal nicht.

Stv. Dürr bekräftigt, das Industriegebiet Ost führe an jedem Wochenende vor Augen, für welche Probleme der Verpackungsmüll führe. Die seitens der Verwaltung beigefügte Anlage der „Welt“ bezeichnet er als unseriöse Quelle.

StVD`in Abel legt dar, dass es rechtlich grundsätzlich schwierig sei, die Kleinstunternehmen dieserhalb in die Pflicht zu nehmen, da diese nicht in ihrer Geschäftstätigkeit behindert werden dürften. Sie erinnert daran, dass das Land NRW eine solche kommunale Steuer genehmigen müsse und man besser warten solle, bis eine größere Stadt den Vorreiter mache. Eine komplette Müllvermeidung sei nicht erreichbar. Das EU-Recht verpflichte die Systemgastronomie zum Mehrweg. Eine kommunale Verpackungssteuer stelle zudem einen zu hohen bürokratischen Aufwand im Verhältnis zum damit erreichbaren Erfolg dar.

Stv. Braun-Kohl sieht hierin ein unwirksames Konzept zur Müllvermeidung. Auch die DEHOGA sei wegen dem enormen zusätzlichen Aufwand für die Gastronomen gegen die Steuer. Erforderlich sei ein Umdenken der Konsumenten.

Stv. Lukat sieht die Müllvermeidung als hohes Gut an. Die WLH-Fraktion empfehle den Kollegen von SPD und GAL ihren Antrag ruhig zu stellen, bis der Antrag der Stadt Köln gerichtlich beschieden worden sei. Es sei zu beachten, dass die Steuer für den Unternehmer keine erdrosselnde Wirkung haben dürfe.

Stv. Rehm erkennt eine mutlose, reine Verhinderungspolitik seitens der Verwaltung. Man müsse diesen Schritt nun wagen und ein Signal setzen, andere Optionen zur Müllvermeidung gebe es nicht.

Auch **Stv. Haesen** meint, ein Appell an die Konsumenten verhalte ungehört.

Die WLH-Fraktion beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Hierzu besteht Einvernehmen.

AM Rosendahl ist der Überzeugung, dass das Prinzip Mehrweg nicht alle Müllprobleme lösen könne, eine kommunale Steuer aber nicht der richtige Weg sei. Hier be-

dürfe es einer zumindest landeseinheitlichen gesetzlichen Regelung.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung Haan erarbeitet eine Satzung zur Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen auf Grundlage der bereits gewonnenen Erkenntnisse und Beratungen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja- und 7 Nein-Stimmen

2.1. Bauvorhaben Straßenausbau Kirchstraße

/ Vorlage: 66/111/2025

Protokoll:

TA Schneider erläutert die Planung mittels der Präsentation (sh. Anlage zur Vorlage). Die Verwaltung favorisiere die Variante 2.

Stv. Lukat führt seitens der WLH-Fraktion aus, dass die Varianten aufgrund des Fehlens der Präsentation im RIS nicht hinreichend besprochen werden konnten und auch der Beschlussvorschlag unklar sei. Man frage daher, ob der Fahrradschutzstreifen nur in Variante 2 zur Ausführung komme. Weiterhin vermisse sie eine Stellungnahme des ADFC Haan.

TA Mering erläutert, dass die Planung in einem späteren Schritt den Anwohnern vorgestellt werde, der Fachausschuss solle aber zunächst die Richtung bestimmen. Er bestätigt, dass nur die Variante 2 einen Radschutzstreifen beinhalte, da es in Variante 3 mit den geplanten Baumstandorten schwierig werde, alle Verkehrsteilnehmer gefahrlos unterzubringen.

Auch die Fraktionen von SPD und CDU signalisieren Beratungsbedarf.

Stv. Dürr findet die Variante 3 auch sehr interessant und fragt, ob ein Radschutzstreifen auf dieser Straße tatsächlich benötigt werde. Die Parknutzung des alten Post-Parkplatzes finde er gut und schlägt die Errichtung einer Mobil-Station vor.

Stv. Rehm möchte kein Ergebnis analog zur Bismarckstr., wo durch freie Sicht zum Rasen eingeladen wird. Ferner bestehe der Wunsch einer „echten“ Einbahnstraße, ein Bordstein sei erforderlich und ein Einbezug der Jahnstraße geboten. Beim Neuausbau der Straße sollten die vorhandenen Naturbordsteine wiederverwendet werden.

Stv. Leonhardt erkundigt sich, ob die Planung zu einem geringeren Angebot an Stellplätzen führe. Weiterhin möchte sie wissen, ob der umgitterte Bereich auf dem alten Post-Parkplatz dauerhaft für die Anwohner der Kirchstr. zur Verfügung stünde

und welche Parkplätze den Anwohnern bei Veranstaltungen angeboten werden könnten.

TA Mering betont, der umgitterte Bereich sei nicht im städtischen Besitz, sondern lediglich gepachtet. Für das Bewohnerparken sei auch nur der Bereich des Parkplatzes vorgesehen, der von der Kirchstr. aus anfahrbar sei.

TA Schneider beziffert die Anzahl der Stellplätze in der Variante 1 auf drei und den Varianten 2+3 auf fünf.

Stv. Lukat ist der Ansicht, ein Radschutzstreifen sei im Rahmen des besonderen Schutzes von schwächeren Verkehrsteilnehmern angezeigt. Die Variante 2 böte den Vorteil, dass die Verkehrsteilnehmer voneinander getrennt werden könnten. Sie fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, wann der Kreis mit dem Umbau der K5 starte. Ferner möchte sie wissen, wie der weitere Fahrplan der Verwaltung in Bezug auf die Kirchstr. aussehe.

TA Mering führt aus, Grundlage sei der mit der Politik abgestimmte Planungsvorentwurf, der dann einem Planungsbüro zugeleitet werde, welches dann darauf aufbauend einen Entwurf erstellt und dem UMA präsentiere. Sodann werde die mit dem Ausschuss abgestimmte Planung den Anwohnern vorgestellt, eine bauliche Umsetzung komme wohl erst 2026 in Betracht. Bezüglich der K5 habe der Kreis seines Wissens noch keine Planung in Auftrag gegeben.

Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes der Fraktionen, schlägt der Vorsitzende **Stv. Endereß** vor, den Beschluss in der am 11.06. anstehenden gemeinsamen Sitzung von BSA und UMA zu fassen. Bis zum 04.06. bitte er die Fraktionen, ihm ein Votum über die jeweils bevorzugte Variante zuzusenden.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Beschluss:

Die Beschlussfassung erfolgt in der gemeinsamen Sitzung von BSA und UMA am 11.06.25.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

2.2. Sachstandsbericht Förderprojekt "Energiesparmodelle für Kitas und Schulen"
Vorlage: KUM/021/2025

Protokoll:

VA Thuir erläutert den Sachstand mittels einer Präsentation (sh. Anlage zur Vorlage).

Stv. Haesen bittet darum, die Klimabildung der GS Gruitzen miteinzubinden.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3./ Pilotprojekt Altspeisefettsammlung in Haan
Vorlage: KUM/022/2025

Protokoll:

Die CDU-Fraktion kündigt eine schriftliche Fragestellung im Nachgang zur Sitzung an.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt das Vorhaben zur Erprobung einer Altspeisefettsammlung in Haan zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Integriertes Klimaschutzkonzept
- hier: Umsetzungsstand der Maßnahmen für den Zeitraum 2022-2025
Vorlage: KUM/019/2025

Protokoll:

Stv. Rehm erkundigt sich, wann eine Festlegung über neue Zielsetzungen erfolge.

Techn. Dez. Horst erklärt, neue Ideen könnten jederzeit in den Ideenspeicher aufgenommen werden, sollten aber erst in der Fortschreibung des IKK und somit mit dem neuen Rat angegangen werden.

Stv. Kaimer stellt fest, dass erst 76 von den vorgesehenen 140 PV-Anlagen in Haan installiert worden seien und fragt, ob bzw. wann diese installiert würden?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die übrigen Anlagen wurden nach Kenntnis der Verwaltung nicht installiert. Die betreffenden Haushalte haben ihre Förderung verstreichen lassen.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Sachstand Schienenpersonennahverkehr und Mobilitätsbefragung
Vorlage: 61/115/2025

Protokoll:

Die Fraktionen erklären ihre Unterstützung der Vorlage.

Stv. Leonhardt möchte wissen, ob die Deutsche Bahn tatsächlich alle Anregungen der Stadt abgelehnt habe.

Techn. Dez. Horst erwidert, er habe den Eindruck, dass alle Seiten sehr bemüht und konstruktiv zusammen arbeiteten, um den Schienenpersonennahverkehr zu verbessern.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**6./ Niederbergische Allee dauerhaft für den Verkehr offen halten
- hier: Prüfantrag der CDU-Ratsfraktion vom 22.03.2025
Vorlage: 66/107/2025**

Protokoll:

Auf Nachfrage des Antragstellers betont **TA Mering**, dass die Teilnehmer der Unfallkommission beim Ortstermin keine Empfehlung ausgesprochen hätten. Trotz großer Skepsis werde sich die Verwaltung aber einem entsprechenden politischen Beschluss nicht verschließen. Er gebe aber zu bedenken, dass die Niederbergische Allee im zweiten Bauabschnitt bisher nur als Baustraße ausgebaut worden sei. Es fehle an einer Abschlussdecke. Die vorhandene bituminöse Tragschicht sei für ein dauerhaftes Überfahren aufgrund der groben Struktur weniger belastungsfähig. Es zeigten sich schon jetzt die ersten Schadensstellen, welche insbesondere für Zweiradfahrer gefährlich werden könnten. Hier müsse man aus wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Gründen dann über einen Ausbau mit Feindecke nachdenken.

Stv. Dürr fragt, ob es Erkenntnisse dazu gebe, welche Folgen die Öffnung für die Niederbergische Allee und die Millrather Straße habe.

Techn. Dez. Horst betont, dass die Verwaltung die Öffnung wegen der Sicherheitsbedenken am Knotenpunkt nicht empfehle, aber den vorhandenen Ermessensspielraum nutzen würde, wenn die Politik dies so wünsche. Evtl. würden durch einen Feindecken-Ausbau weitere Kosten verursacht.

TA Mering ergänzt, die Millrather Straße sei eine Landesstraße, durch Erfüllung des politischen Wunsches werde der Verkehr auf eine Gemeindestraße verlagert.

Stv. Lukat bittet die Verwaltung um eine Kostenaufstellung zur kommenden Sitzung des HFA, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

TA Mering legt dar, dass in der Kürze der Zeit allenfalls eine grobe Kostenaufstellung möglich sei.

Stv. Rehm erklärt für die GAL-Fraktion, man wolle kein Geld für die Öffnung ausgeben, wenn die Öffnung über kurz oder lang sowieso geschehe.

Beschluss:

Aufgrund des verschiedentlichen Beratungsbedarfes wird eine Beschlussfassung auf die Sitzung des HFA verschoben.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**7./ Sachstand Verkehrssituation Wibbelrather Weg
Vorlage: 66/108/2025**

Protokoll:

Stv. Lukat befragt die Verwaltung zum öffentlich erhobenen Vorwurf der Anwohner, die Messanlage sei falsch positioniert gewesen. Weiterhin erbittet sie einen Sachstand zur Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf bzgl. der Möglichkeit, die Stadt Wuppertal anzuweisen, einen Gehweg auf der nördlichen Seite des Wibbelrather Weges anzulegen.

TA Mering erklärt, die Bezirksregierung habe die Stadt Wuppertal zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Der Vorwurf der falschen Positionierung des Messgerätes sei so alt und wiederkehrend wie die Messung selbst. Tatsächlich habe die Messung am gleichen Standort wie zuletzt stattgefunden und Sorge für eine Vergleichbarkeit der Werte.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der Verkehrssituation Wibbelrather Weg zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

8./ Sachstandsbericht des Tiefbauamtes Vorlage: 66/109/2025

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Tiefbauamtes (siehe Anlage) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

9./ Jahresbericht zu den Geschwindigkeitsmessungen und Festlegung der Standorte in 2025 Vorlage: 66/110/2025

Protokoll:

Stv. Kaimer wundert sich über die Berücksichtigung der Örtlichkeit „Am Marktweg“ und vermisst dagegen die Landstraße mit Fahrrichtung Haan-Ost.

TA Mering erklärt, der Marktweg sei auf Wunsch der Anwohner aufgenommen worden.

Stv. Dürr erinnert an die Vereinbarung, die Wünsche der Politik schriftlich an das Tiefbauamt zu übermitteln.

Wünsche der SPD-Fraktion:

- Friedrichstraße/Ecke Mittelstraße
- Kampstraße zwischen Zwengenberger Straße und Am Nachbarsberg in beiden Richtungen
- Düsseldorfer Straße nach LIDL stadtauswärts
- Dieker Straße zwischen Kreisverkehr und Bahnbrücke
- Kaiserstraße zwischen Markt und Windhövel
- Martin-Luther-Straße zwischen Bismarckstraße und Jahnstraße
- Feldstraße zwischen Ellscheider Straße und Kreisverkehr

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Den künftigen Standorten des mobilen Geschwindigkeitsmessers wird gemäß der Anlagen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**10./ Nachtfahrverbot für Mähroboter
- hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2025**

Protokoll:

Stv. Dürr stellt fest, dass der Antrag der SPD-Fraktion durch das Vorliegen einer Allgemeinverfügung des Kreises Mettmann gegenstandslos geworden sei. Allerdings rege er eine Information der Bevölkerung mittels eines Flyers an.

Stv. Lukat erklärt, der Kreis plane, eine Info-Broschüre hierzu herauszugeben.

Stv. Rehm weist darauf hin, dass es wichtig sei, dass die Igel die Gartenzäune passieren könnten. Das betreffe auch die städtischen Zäune.

11./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Die Beantwortung der Anfragen wird zur Kenntnis genommen. Mündliche Anfragen liegen nicht vor.

12./ Mitteilungen

Protokoll:

Die Mitteilungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen. Es wird noch einmal darauf verwiesen, dass die Mitteilung zur „Neuregelung beim Parken“ ein eigener TOP in der nächsten Sitzung des UMA werde. Ferner werde die Thematik „Verschmutzung mit Zigarettenkippen“ ein eigener TOP im kommenden SPUBA.

Stv. Haesen teilt mit, die Demontage der sinnvollen Trixi-Spiegel sei eine große Enttäuschung.

Stv. Lukat teilt mit, der Beschluss des Fachausschusses werde durch eine Mitteilung der Verwaltung aufgehoben. Hier wäre ein eigener TOP erforderlich gewesen.

TA Mering teilt mit, es handele sich um einen Beschluss der Unfallkommission.

Techn. Dez. Horst ergänzt, es handele sich um eine staatliche Aufgabe zur Erfüllung

nach Weisung, ein Ermessen habe die Stadt hier nicht.